

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 21 (1980)
Heft: 13

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Marktwirtschaft zugelassen haben und westliche Investoren ermutigen, private wie öffentliche. Die andern sind in einen wirtschaftlichen Morast gesunken, der allerdings nur die Bevölkerung plagt, von der die Führer sich tragen lassen.

In Mozambique belief sich das Aussenhandelsdefizit für 1979 auf 100 Millionen Pfund Sterling, und es wäre doppelt so hoch gewesen, wenn nicht die Hilfe eines willigen Westens gewesen wäre. Eine wirtschaftliche Liberalisierung könnte Mozambique tatsächlich nur guttun.

Oder bahnt sich gar eine Liberalisierung überhaupt an? Ein Hauch von Pressefreiheit hat den Zeitungen etwas Luft verschafft. Sie bringen neuerdings Kritik, die an Systemkritik grenzt. Nur Echo auf Machels neuen Ton? Oder doch und auch die Zulassung neuer Stimmen?

In Mozambique ist es nicht zum gleichen Totalausverkauf an die Sowjets gekommen wie in Angola. In Maputo unterhalten die Kubaner zwar Berater, aber keine Garnisonen. Und das Verhältnis zu China ist nicht so schlecht, wie es sich für einen fraglosen UdSSR-Satelliten ziemen würde. Dennoch stellt sich die Frage, was man sich gegenüber dem grossen Bruder herausnehmen darf, ohne seine Strafe zu riskieren.

In Zimbabwe hat Robert Mugabe entgegen vielen Erwartungen das Gebot der wirtschaftlichen Vernunft wenigstens bis anhin vor das Motiv der politischen Abrechnung gestellt. Die aussenpolitische Zuordnung bleibt bei alledem offen. Man kann dem Sowjetmodell entsagen, ohne gleich der sowjetischen Protektionsmacht entraten zu wollen oder zu können. *it/cb*



Milada Horakova.

Gehenkte Emanze

Ein Memo nach 30 Jahren

Das Pankraz-Gefängnis in Prag. Ein Opfer wird zum Galgen geführt. Es ist eine Frau. Sie besteigt das Gerüst mit einer Würde, die selbst die Wärter erstaunt. Jetzt spricht die Delinquentin. Ihre Stimme klingt bewegt, aber fest: «Es ist das Ende. Ich bin ehrlich geblieben und habe verloren. Ich liebe dieses Land und dieses Volk.» Ihre letzten Worte.

Das war vor dreissig Jahren, am 27. Juni 1950. Damals war die 48jährige Milada Horakova die erste Frau, die seit Kriegsende in der Tschechoslowakei aus politischen Gründen hingerichtet wurde.

Dr. jur. Milada Horakova war eine engagierte Frauenrechtlerin, eine engagierte Sozialistin und eine engagierte Antifaschistin, die mehrere Jahre in den Konzentrationslagern der Nazis verbracht hatte.

Ihre tschechoslowakische «national-sozialistische Partei» stand im Gegensatz zum deutschen Nationalsozialismus und war sozialdemokratischer Ausrichtung. Gegen den Gebrauch des Wortes Sozialismus durch die Faschisten kämpfte Milada Horakova auch nach der kommunistischen Machtübernahme. Deshalb musste sie sterben.

Bis zum Staatsstreich von 1948 hatte Milada

Horakova dem Parlament und dem Vorstand ihrer Partei angehört und war gleichzeitig in der Frauenbewegung aktiv geblieben. Danach duldeten die neuen Machthaber keine Alternative mehr.

Milada Horakova wurde in einem Schauprozess gegen eine «Verschwörergruppe» von Nichtkommunisten verurteilt. Man warf den Angeklagten im allgemeinen Hochverrat vor, und im besonderen einen angeblichen Versuch zur Neugründung ihrer sozialdemokratischen Partei. Erschwerender Umstand waren ebenso angebliche Kontakte zum jugoslawischen Geschäftsträger Ivo Murko, «Mitglied der faschistischen Tito-Clique».

In der Zwischenzeit hat die KPTsch die damaligen Justizmorde — und die Folterungen zwecks falscher Geständnisse — zugegeben. Heute werden sie wiederum verschwiegen. Und zwar nicht einfach aus Scheu vor der unbewältigten Vergangenheit. Sondern vielmehr deswegen, weil der damalige Kampf gegen die «Klassenfeinde» insgesamt gutgeheissen wird.

Man erklärt — wenn man sich die Mühe überhaupt noch nimmt — die «Auswüchse» mit den historischen Umständen. Und das sind die gleichen historischen Umstände, die heute bei und nach kommunistischen Machtergreifungen in der Dritten Welt herrschen. Und die wir hier im Westen angeblich «begreifen müssen».

Damals, 1950, forderten die tschechoslowakischen Schüler, 11- bis 14jährige Kinder, in heiliger Entrüstung den Tod der Volksfeinde Passé? Heute zeigt man uns die kindlich reinen Gesichter der Jungsandinisten oder der PLO-Jugend als Beweis dafür, dass die Zukunftshoffnungen auf der «Revolution» beruhen. Milada Horakovas Tod ist Gegenwart und Zukunft. *ml/cb*

Teppiche als Kunstwerke.

Wir haben im Orient Teppiche gefunden, die so einzig sind in ihrer Art, so wertvoll und schön, dass sie die Bezeichnung Kunstwerk ohne weiteres verdienen.

Weil sie so selten, alt und kostbar sind, haben wir diese Teppiche in einer Sammler-Kollektion zusammengefasst.

Wenn Sie Ihr gutes Geld in wertbeständigen, heute noch günstigen Teppichen anlegen wollen, sollten Sie das lieber heute als erst morgen tun.

Geelhaar

W. Geelhaar AG, Thunstrasse 7, 3000 Bern 6
 Marktgasse 42, 3011 Bern
 Teppich-Showroom Zürich, Zweierstr. 35, 8004 Zürich

Hess

Importeur feiner Qualitätsweine

Suchen Sie einen Wein für Ihr Gartenfest?
 Wir empfehlen:
 Rosé de Provence VDQS
 Die 7/10-Flasche Fr. 4.50

Vins Hess Weine
 Bern - Steinhölzli Telefon 031/53 85 55

Anlagehefte 4½%
 Kassa-Obligationen 5½%

Anlageplus Mehr Zins - Mehr Sicherheit.
 Die Formel für den klugen Anleger.

CITY BANK

Coupon Name Vorname
 Bitte senden Strasse ZB
 Sie mir Ihre PLZ/Ort
 Unterlagen
 über Anlageplus. Einsenden an City Bank, Talstrasse 58, 8021 Zürich, Telefon 01 211 76 11

(Die City Bank gehört zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt)

Türkischer Terror

«Der Terrorismus ist das grösste Problem der Türkei. Uns ist die Identität des Mördernetzes wohlbekannt, und dieses Netzwerk wird vernichtet. Wir sind weder hilflos noch impotent. Nur wir sind entschlossen, den Kampf mit legalen Mitteln zu führen. Früher oder später werden die Mörder vom Gesetz und den staatlichen Kräften bezwungen.» So sagte Ministerpräsident Suleyman Demirel, Führer der regierenden Gerechtigkeitspartei, im Frühjahr.

Dennoch gingen die Terroraktionen auch im Mai und Juni weiter. Die politische Gewalttätigkeit hat ihren Höhepunkt mit der Ermordung des stellvertretenden Vorsitzenden der rechtsstehenden Nationalen Aktionspartei, Gun Sazak, erreicht. 60 000 Anhänger von ihm nahmen am Begräbnis teil und skandierten «Allah». Er war das 1673. Opfer des Terrorismus im laufenden Jahr. In den letzten zwei Jahren fielen ihm fast 4000 Menschen zum Opfer, die meisten in den Grossstädten Istanbul, Ankara und Izmir, aber zahlreiche türkische Diplomaten wurden auch im Ausland getötet, sowohl in Westeuropa als auch in nahöstlichen Ländern.

Ministerpräsident Demirel und Bülent Ecevit, der

frühere Ministerpräsident und jetzige Chef der Republikanischen Volkspartei (Sozialdemokraten), besprachen schon wiederholt, wie der Terrorismus bekämpft werden solle. Ein Kolumnist der Istanbuler Tageszeitung «Günaydin» dazu: «Demirel betrachtet die Vorfälle nur mit seinem rechten Auge, Ecevit nur mit seinem linken Auge. Wenn sie nicht beide Augen öffnen, wird der Terror riesige Dimensionen erreichen und die politischen Parteien verschlucken, samt ihren Führern. Und die Demokratie wird das Opfer.» Der Generalsekretär der Nationalen Aktionspartei, Yasar Okuyan, bestätigt «die Steigerung der Anarchie» und beschuldigt die Sicherheitsorganisationen, dass sie «noch immer tolerieren, dass Schlüsselpositionen von Militanten besetzt werden».

Die Kommunistische Partei ist verboten; dennoch gibt es einen kommunistischen Geheimseiner, irgendwo in Anatolien oder vielleicht auf Sowjetterritorium.

Als wir eben den Basar besuchen wollten, gab es eine Schiesserei: Ein junger Mann versuchte einen Raub in einem Laden, ein Soldat intervenierte. Er wurde zusammen mit einem alten Mann, der eben aus einer Moschee heimkehrte, niedergeschossen. Der junge Kriminelle gehörte angeblich einer Terrorgruppe an.

Das Kriegerrecht ist auf die Städte und 20 Provinzen ausgedehnt worden. Laut einer Veröffentlichung des Innenministeriums sind innert zweier

Wochen 2035 Personen verhaftet worden. Von ihnen waren 18 wegen Mordes gesucht und gut 500 wegen bewaffneter Gewalttätigkeit. Ausser 53 Kilo Haschisch und 1 Kilo Morphium wurden Gewehre, Bomben, Munition und sogar 44 Luftabwehrraketen beschlagnahmt.

Nachdem mehrere Repräsentanten seiner Partei in der Provinz getötet worden waren, erklärte Ecevit, gegen den in diesen Tagen wieder ein Attentatsversuch auf offener Strasse unternommen wurde: «Die grösste Oppositionspartei ist zum Hauptziel der Terroristen geworden.» Er sieht die Sache zu exklusiv. Der Terror richtet sich gegen das parlamentarische System insgesamt, gegen die pluralistische Demokratie, welche die Türkei Nato-würdig gemacht hat.

J. Fercsey und L. Hory

In Kürze

1979 hat die zentralasiatische Sowjetrepublik Turkmenien den Jahresplan in Reis zu 7%, ja, sieben Prozent, erfüllt, während man früher 140% geleistet hatte. Das braucht eine Erklärung, und sie liegt vor. Früher hatte Turkmenien seinen Reisplan dank den dort ansässigen Koreanern erfüllt, denen man in den schwer bebaubaren Gebieten Boden überlassen hatte. Dabei verzichtete man auf Kontrolle, das heisst, sie konnten soviel Boden bepflanzen, wie sie zu bearbeiten imstande waren. Vor einem Jahr kam jedoch aus Moskau der Befehl, den Koreanern ihre Nebenwirtschaften wegzunehmen. Alle privaten Felder wurden aus Helikoptern mit Giftstoffen besprüht. So blieben dann eben jene 7% Planerfüllung, welche die Kolchosen Turkmeniens erbrachten.



In der Sowjetunion kann man Hochschuldiplome auf dem Wege von Korrespondenzkursen erwerben. Den Fortschritt kontrolliert man mit Prüfungsarbeiten, die der Absolvent einzuschicken hat. Nun hat das Polytechnische Allunionsinstitut für Korrespondenzkurse bei den Kursteilnehmern eine Umfrage veranstaltet, die unter anderem den Aussagewert der Prüfungsarbeiten eruieren sollte. Es ergab sich, dass die Mehrzahl der Kursteilnehmer die gestellten Aufgaben nicht selber löst, sondern abschreibt. Im ersten Studienjahr kommen «erst» knapp 50 Prozent der Fernstudenten auf diesen Ausweg, im dritten Studienjahr schon zwei von drei.

Laut Aussagen der Professorin S. Penjajewa, die am Moskauer Institut unterrichtet, sind manche Fernschulen dazu übergegangen, die Aufgaben von Jahr zu Jahr zu ändern, damit die Studenten sich nicht die Vorjahreslösungen beschaffen können. Man sollte das für eine Selbstverständlichkeit halten, aber dem ist nicht so: Um den Aufnahmeplan der Kurse zu erfüllen, müssten ohnehin immer mehr Mittelschulabsolventen aufgenommen werden, die ihre Aufnahmeprüfung an normalen Hochschulen nicht bestanden hätten. Da könne man nicht noch zusätzlich bremsen.



Zwischen einem sowjetischen Schuhmodell und seiner Ausgabe in der Serienproduktion besteht ein Unterschied. Was für einer? «Wie zwischen

Knochen für Lenin

Ein Lagebericht aus der Sowjetrepublik Moldau

Ueber Zustände und Widerstände in bestimmten Sowjetrepubliken, wie Litauen, Georgien oder die Ukraine, gelangen regelmässig Meldungen in den Westen. Aber was hört man zum Beispiel von der Moldauischen SSR, wenn nicht gerade Rumänien durch die Blume an historische Gebietsansprüche erinnert?

Die russischsprachige Zeitschrift «Possev» in Frankfurt hat in einem Kurzbericht geschildert, was in der Moldau die aktuelle Versorgungslage und die dauerhafte Feindlage zwischen Russen und Einheimischen ist.

In den Städten der Moldau gibt es fast kein Fleisch, und wenn die Läden einmal Knochen vorrätig haben, stehen dafür sogar lange Schlangen an. Letzten Herbst hängte in Kischinew jemand am Denkmal Lenins mit dem ausgestreckten Arm ein Einkaufsnetz mit solchen Knochen auf. Danach gab es in Kischinew wieder Fleisch — genau zwei Tage lang. In den Dörfern steht es

damit besser, weil viele Bauern eigene Schweine halten und manchmal die Läden mitversorgen.

Viele Bauern haben ihre eigenen Rebärten und wollen daher nicht in den Kolchosen arbeiten. Nachts werden in den Kolchosgärten sackweise Äpfel, Kartoffeln und andere Früchte und Gemüse gestohlen. Diebstahl im Kolchosgarten oder auf dem Feld gilt nicht als anstössig; jeder stiehlt mit: die Schullehrer, die Agronomen, die Parteiorganisatoren usw.

Früher hatten die Kolchosbauern zur Nebenwirtschaft noch 15 Aren Wiesland, was für zwei Kühe reichte. Jetzt hat man die erlaubte Fläche gekürzt, und darum halten viele Kolchosniki kein Vieh mehr. Seither ist es eben mit der Fleischversorgung spürbar schlechter geworden.

Die Weinlese und die Maisernte werden weitgehend von Schülern bewältigt. Sie arbeiten den ganzen September auf den Feldern, oft auch noch im Oktober.

(Inland-)Pässe haben die Kolchosbauern nicht. Wenn junge Leute zu Aufnahmeprüfungen an Hochschulen oder Technika fahren wollen, müssen sie beim Kolchos eine Genehmigung einholen; vorher kriegen sie keinen Ausweis. Man schafft das entweder mit viel Mühe oder mit Schmiergeld.

Die Russen und die Moldauer leben in Dauerfehde. Die einen wie die andern haben ihr Territorium, und es empfiehlt sich nicht, fremdes Territorium zu betreten. Begegnen sich Russen und Moldauer gelegentlich im Wald oder auf «neutralem Gebiet», kommt es zu Schlägereien. Die Moldauer schreien ständig: «Russen, haut ab in euer Russland!» Die Russen ihrerseits mögen die Moldauer nicht und halten sie für Dreckmichel. ■

einem modernen Schiguli (sowjetisches Personenauto) und einem chinesischen Riksha-Karren.» So «Sowjetskaja kultura» (Moskau, 8. 4. 1980). Aber woher kommt das? Daher: «Je besser ein Modell ist, desto mehr Arbeit erfordert es. Und das ist es, was die Leute in der Produktion nicht mögen.»



In der Sowjetunion werden jährlich 80 000 Buchtitel verlegt, und die Gesamtzahl der gedruckten Exemplare beläuft sich auf 1,8 Milliarden. Jährlich verarbeitet man 45 Millionen Kubikmeter Holz zu Papier, was einem Waldbestand von 500 000 Hektaren entspricht. Und dennoch, sagt die «Sowjetskaja Kirgisisja» vom 2. 5. 1980, besteht bei der Bevölkerung ein «Hunger nach Büchern»; alles, was irgendwie lesenswert erscheint, werde gierig aufgekauft, sobald es in den Buchhandlungen aufliege, obwohl man gescheiter die Bibliotheksbestände mit ihren insgesamt 4,2 Milliarden Exemplaren benützen würde. Nun, ja. Aber vielleicht haben die Leute, die über Massenaufgaben und Bibliotheksbestände entscheiden, nicht ganz die gleichen Vorstellungen wie das allgemeine Publikum von dem, was «irgendwie lesenswert» ist.

Olympia 36/80

Letztes Jahr hatte man in der UdSSR ein Buch über die Geschichte der Olympischen Spiele «Von Athen bis Moskau» herausgegeben. Jetzt ist es aus dem Verkauf gezogen worden. Man braucht nicht dreimal zu raten, warum. Das Buch befasste sich u. a. mit den Olympischen Spielen 1936 in Hitlerdeutschland und ging dabei ins Gericht mit der damaligen versöhnlerischen Einstellung des Internationalen Olympischen Komitees (die UdSSR gehörte ihm zu jener Zeit nicht an), das vor der «Unvereinbarkeit des Hakenkreuzes mit den olympischen Ringen der Völkerfreundschaft» die Augen verschlossen habe.

Interessant ist dabei, wie vulnerabel die Sowjetführung sich selbst einschätzt, wenn es um die Parallele mit dem Nationalsozialismus («Hitlerfaschismus» genannt) geht. Sonst hätte sie davon ausgehen dürfen, dass die Leser den Unterschied zwischen Berlin 1936 und Moskau 1980 schon zu machen verstünden. Aber eben: die Glaubwürdigkeit des angeblichen Gegensatzes ist so, dass man ihr lieber keine Belastungsprobe zumuten will.

Die «sozialistischen» Machthaber wissen also, in welche Verwandtschaft sie gehören. Und bei dieser Gelegenheit: Warum haben eigentlich hier im Westen so viele Leute, die sich selber Antifaschisten nennen, eine so ungeheure Angst davor, Hitlers Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei bei deren eigenem Namen zu nennen? Gerade in ihrer Eigenschaft als Antifaschisten sollte ihnen doch ganz besonders daran gelegen sein, den Leuten bewusst werden zu lassen, unter welchen Tarnungen der Faschismus seine Macht ergreifung vorbereiten kann. Oder haben sie etwas gegen Enttarnung?



In vielen sowjetischen Betrieben bemühte sich die Leitung, ihren Arbeitnehmern entweder im Mai Ferien zu geben oder sie auf den Herbst zu ver-

legen. Damit die Leute ja nicht in die «olympischen» Städte fahren, sondern hübsch zu Hause bleiben.



In den «olympischen» Städten werden die Hotel-Restaurants renoviert. Die Mitarbeiter dieser Hotels und Restaurants erhalten für den Sommer besondere Schildchen, ohne die man das Restaurant oder Hotel nicht betreten können.



In Moskau und Leningrad verlangt man von den Eltern, während der Olympiade alle Kinder aus der Stadt zu bringen. Sind die Eltern nicht in der Lage, selber für einen Ferienplatz ausserhalb zu sorgen, müssen sie die Kinder obligatorisch in eigens dafür organisierte Kinderlager schicken, wo die Kinder zudem arbeiten müssen.

Unsere Meinung

«Der Unterstützung des Unrechts können wir nicht länger zusehen. Wir rufen auf zum Boykott gegen die Sowjetunion!»

Dieser Aufruf hat die Schweizer wachgerüttelt. Eine Reihe von Trägerorganisationen organisiert den Boykott, und kirchliche Organisationen, wie der Evangelische Frauenbund der Schweiz, unterstützen ihn. Es soll erreicht werden, dass der Schweizer Konsument keine Produkte aus dem Land mehr kauft, in dem die Bevölkerungsmehrheit rechtlos ist. 27 000 Leute hatten schon 1978 die Petition «Stop der Zusammenarbeit» unterschrieben, aber angesichts der neuesten Ereignisse hat die Aktion an Dringlichkeit gewonnen. Man gelangt koordiniert an die Grossverteiler und die Detailverkäufer, man organisiert in Arbeitsgruppen den Vertrieb der Boykottzeitung und die Leserbriefe an die übrigen Zeitungen, und man hat die wohlwollende Aufmerksamkeit der elektronischen Medien gefunden.

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung
 Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
 Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
 Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
 Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
 Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
 Peter Dolder

Abonnementspreise
 Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr./DM 37.-)
 Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-
 (Ausland Fr./DM 23.-)
 Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr./DM 20.-)
 Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)

Aber das ist doch wohl unmöglich? Gewiss. Möglich und wirklich wird es erst, wenn man das Wort «Sowjetunion» durch das Wort «Südafrika» ersetzt. Dann stimmt alles.

Warum? Weil wir Schweizer einen ausgesprochenen Sinn für Proportionen haben, zusammen mit den Nichtschweizern übrigens. Wir wissen den Unterschied zwischen mächtig und ohnmächtig, zwischen gefährlich und ungefährlich. Wir wissen, dass es weniger schlimm ist, einem kleinen Verbrecher auf die Finger zu klopfen, als einem grossen Verbrecher unehrerbietig zu begegnen. Das Rechtfertigungsgehüstel eines schon verurteilten Einzelmörders verstehen wir mit intellektueller Schärfe zu widerlegen und mit heiliger Entrüstung zu überdonnern, während wir die Begründungen des erfolgreichen Massenmörders als seine ideologische Grundlage akzeptieren, und dann ist ja auch der Wunsch menschlich — nicht wahr? — am Erfolg der Erfolgreichen zu partizipieren. Es ist wirklich nur eine Frage der Proportionen. cb

Der Buchtip

J. Kurt Klein: «Realität Krise», Zivilschutz Band 13, Mönch-Verlag, Bonn 1979, 70 Seiten, broschiert, Fr. 18.80.

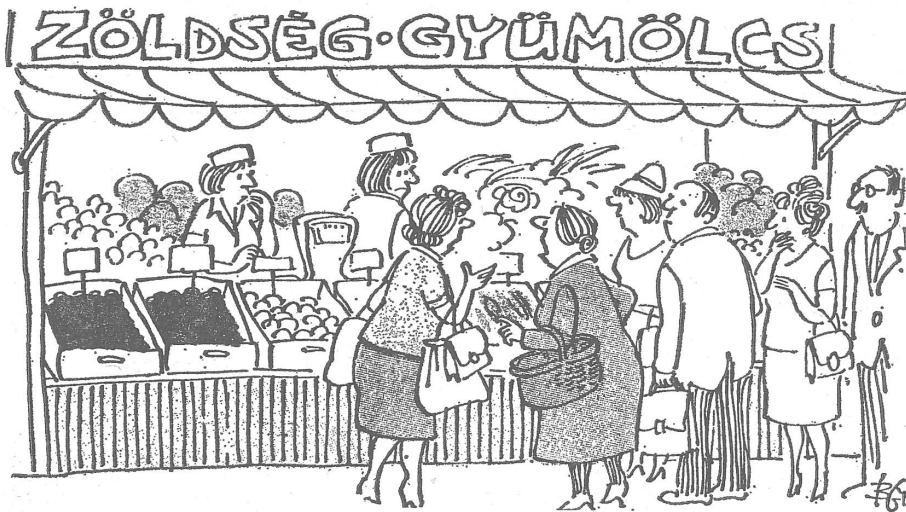
«Jede Krisenbewältigung steht und fällt mit der Informationspolitik.» Die sich aus dieser Feststellung (S. 56) ergebenden Folgerungen bilden den Themenkreis dieser besonders auf bundesdeutsche Verhältnisse ausgerichteten Schrift — Folgerungen, anhand derer sich aber auch Vorbereitungen anderer demokratisch regierter Länder im Hinblick auf die Meisterung von Krisenlagen überprüfen lassen.

Ausgehend von Darlegungen allgemeiner und begrifflicher Natur, wird auf die verschiedenen Arten von Informationen sowie auf die Kriterien für die Beurteilung ihrer Wirkung auf zahlreiche Zielgruppen eingegangen. In diesem reichhaltigen Katalog fehlen weder der Radikalpazifist und Kriegsdienstverweigerer noch der moslemische Gastarbeiter, weder die grenznahe eigene Bevölkerung noch die alliierten Truppen.

Doch hier bleibt diese ausgezeichnete Schrift nicht stehen: Auch die verschiedenartigen Instrumente, um Krisen auf psychologisch geeignete Weise zu bewältigen, sind samt möglichen Folgen von Missgriffen angeführt.

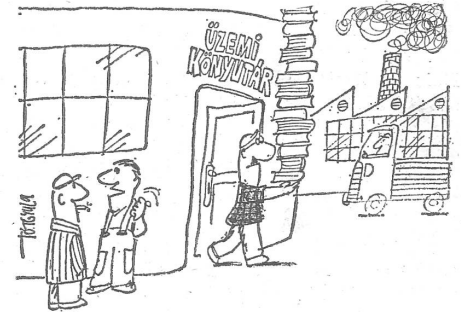
Fertige Rezepte sind allerdings auch von Kurt Klein nicht lieferbar; dafür gibt er um so mehr Denkanstösse, bestimmt besonders für all jene Leute, die — früher oder später, unmittelbar oder mittelbar — mit Krisenmanagement zu tun kriegen könnten.

Es ist möglich, dass die Schweiz, wohl infolge ihrer kleineren Einwohnerzahl, ihrer engeren Verbundenheit zwischen Behörden, Armee und Bevölkerung sowie ihrer vergleichsweise weitgehend vorbereiteten Gesamtverteidigung, in ihren Grundlagen für die Bewältigung von Krisen heute einen gewissen Vorsprung auf die Bundesrepublik Deutschland aufweist. Dies ist aber kein Grund dafür, dass man sich nicht auch hierzulande mit der Schrift Kleins ernsthaft beschäftigt. HdC



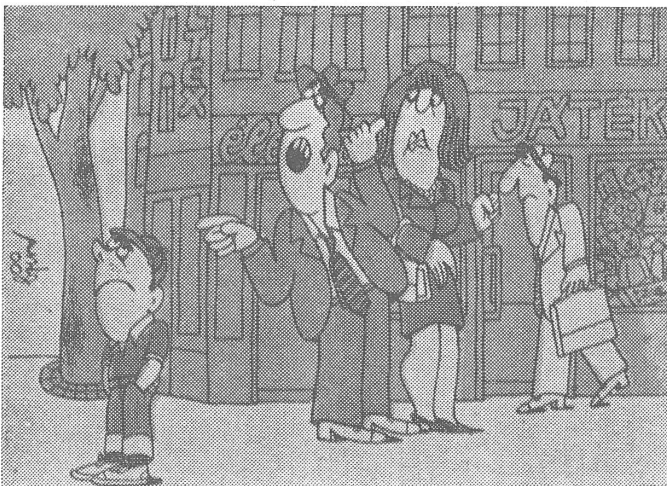
«Aber Mama, so laut darfst du nur über das Wetter schimpfen und nicht über die Preise.» (26. 6. 80)
Denn wenn man über die Preise schimpft, wird einem nichts verkauft.

Das sanfte Mahnen
im
ungarischen Humor

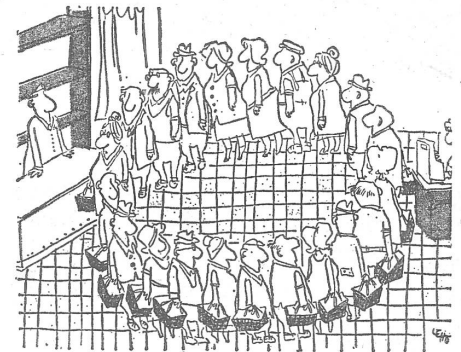


«Mustermitglied der Arbeitsbrigade.» Vor der Betriebsbibliothek: «Er ist die Verpflichtung eingegangen, das Kultursoll der Brigade allein zu erfüllen.» (29. 5. 80)

Vom Kaufen und Schimpfen

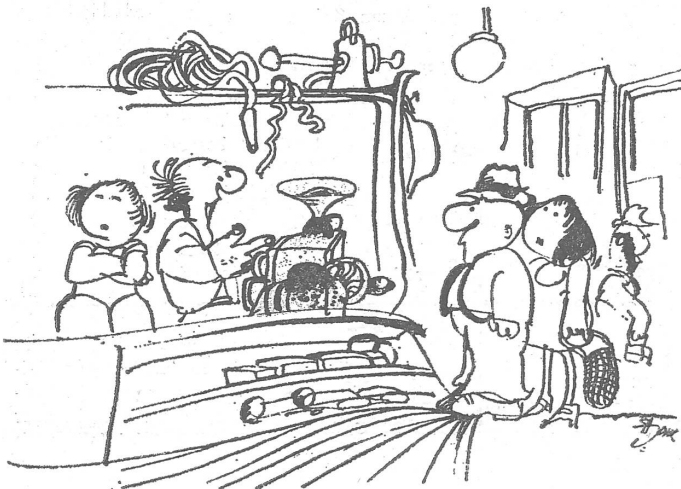


«Wenn du dich weiter so schlecht aufführst, kaufen wir dir nur noch ungarische Spielzeuge.» (26. 6. 80)

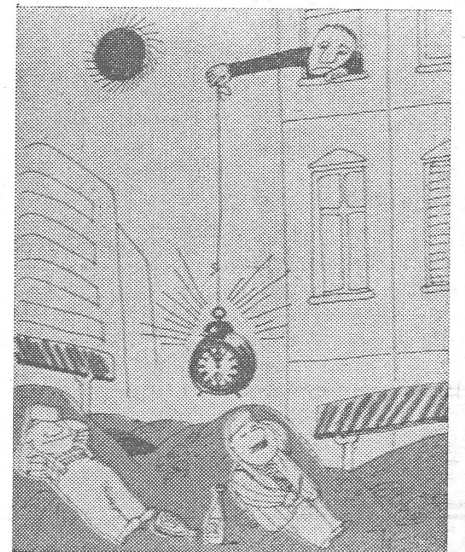


Samstagsinkauf. «Noch immer kein Brot!?» (12. 6. 80)

«Ludas Matyi», Budapest



«Das ist doch Ihr Glück, dass die Qualität mittelmässig ist. Wäre sie gut, würde man das Ding ins Ausland exportieren, wäre sie schlecht, hätte man die Produktion eingestellt.» (12. 6. 80)



Ungeduld. (5. 6. 80)